SchaLL
LEHRERVERBAND
DIE STIMME FÜR ALLE LEHRKRÄFTE

→ Bildungskatastrophe aufhalten

→ Schule reformieren

→ Strukturen ändern

POSITIONSPAPIER FÜR BESSERE BILDUNG IN NRW

IMPRESSUM

SchaLL Lehrerverband
Schutzgemeinschaft angestellter
Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL.NRW)
Vorstand

E-Mail: vorstand@schall.nrw
www.schall.nrw

Redaktion
Stefan Nierfeld
Telefon 0201 757621
E-Mail: stefan.nierfeld@gmx.de

Pressekontakt
Rainer Lummer
Telefon 05254 64274
E-Mail: lummer@schall-nrw.de

Als unabhängiger Berufsverband vertritt SchaLL seit 2001 die Interessen der rund 40.000 tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen und engagiert sich auch für die landesweit rund 160.000 verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Ziel und Zweck des Verbandes ist die Schaffung geeigneter Strukturen, um Bildung und Erziehung an den Schulen in NRW zu fördern und zu optimieren. SchaLL macht sich darüber hinaus stark für die rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Faire, tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen für alle Lehrerinnen und Lehrer bilden die Basis für ein erfolgreiches und gesundes Schul- und Bildungssystem.

Zurzeit ist der Verband in 29 Personalräten an allen weiterführenden Schulformen Nordrhein-Westfalens vertreten.

Bildungskatastrophe aufhalten, Schule reformieren, Strukturen ändern: Jetzt endlich umdenken und massiv in NRW investieren!

Wenn die Jahre 2020/2021 eine Erkenntnis gebracht haben, dann diese: Das deutsche Bildungssystem ist in einem miserablen Zustand. Covid-19 führt die gravierenden Mängel drastisch vor Augen, die seit Jahren bestehen und die sich im Zuge der Krise weiter verschärfen. Schon jetzt zeichnen sich weitreichende Folgen für alle an der Bildung Beteiligten ab – Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern – und im Besonderen für die ohnehin schon schwächer aufgestellten unter ihnen.

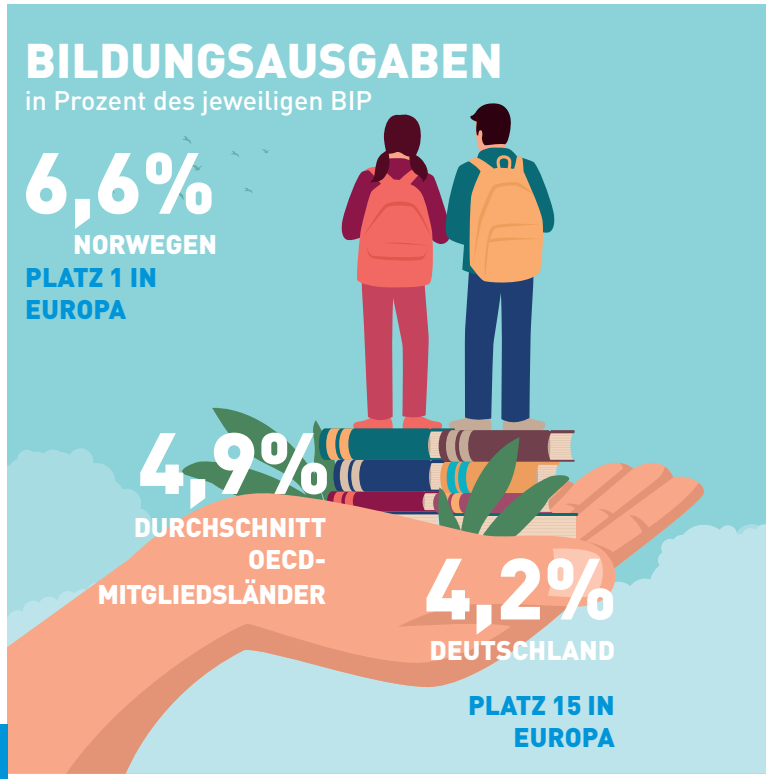
Unser Ziel: Die Krise des Bildungssystems öffentlich deutlich zu machen und eine Jahrhundertreform der Bildungspolitik in Bund und Ländern einzufordern**.**

Der Lehrerverband SchaLL legt eine Liste konkreter Maßnahmen vor

Jetzt geht es darum, Geld in die Hand zu nehmen über die unmittelbaren Herausforderungen durch Covid-19 hinaus: Für die schulische Infrastruktur, die Konzentration der Lehrkräfte auf ihren Bildungsauftrag, die Erweiterung der Entscheidungsspielräume für Schulen und Schulleitungen und die Unterstützung von Eltern. Notwendig ist eine kontinuierlichere Konzeption von Bildung im Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern, parteiübergreifend und entkoppelt von Legislaturperioden. Das Land Nordrhein-Westfalen soll hierzu einen unabhängigen Landesbildungsrat einberufen. Denn neben den dringend notwendigen Verbesserungen beim Thema Unterricht und Erziehung sowie der individuellen Unterstützung und Förderung der Kinder und Jugendlichen ist eins ganz klar: Die Strukturen müssen von Grund auf reformiert werden.

SchaLL: Verdoppelung der Bildungsausgaben im Land NRW und im Bund

Deutschland gibt noch immer zu wenig Geld für die Bildung aus: Die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Deutschland liegen mit 4,2% des BIP unter dem Durchschnitt der Mitgliedsländer der OECD.[1] Unter den europäischen Ländern belegt Deutschland bei den öffentlichen Bildungsausgaben den 15. Platz,[2] und das als eines der reichsten Länder.



[1] Vgl. Stand 2016; Statistisches Bundesamt – Bildungsfinanzbericht 2019 erstellt im Auftrag des BMBF und der KMK; Abb. 5.2.2, S.141

[2] Vgl. Eurostat (2017). Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereich und Ausrichtung des Bildungsprogramms in % des BIP.

BILDUNGSAUSGABEN NRW
PLATZ 16 VON 16
IM LÄNDERVERGLEICH

Nordrhein-Westfalen als das bevölkerungsreichste Bundesland rangiert in puncto Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler auf Platz 16 von 16 Bundesländern.[3] Eine sichtbare Folge ist, dass inzwischen fast jede/jeder 10. Schülerin/Schüler eine Privatschule besucht,[4] während das staatliche Schulsystem chronisch unterfinanziert ist.

Gute Bildung ist ein Wert für sich, für jede einzelne Schülerin, jeden einzelnen Schüler und die Gesellschaft insgesamt. Darüber hinaus belegen Berechnungen: Geld für Bildung ist sehr gut investiert. Denn mit besserem Bildungserfolg steigt auch der Wohlfahrtsgewinn im gesamten Land. Eine um 25 PISA-Punkte verbesserte Schülerleistung für Deutschland würde ein Plus von 8,8 Billionen Euro in den kommenden 60 Jahren mit sich bringen; allein die Verbesserung des Leistungsstands der Schülerinnen und Schüler mit besonders schlechten Ergebnissen im PISA-Test in Mathematik würde für das Land NRW bis 2050 einen Ertrag von 148 Mrd. Euro bedeuten.[5] Dabei geht es nicht allein um wirtschaftlichen Nutzen, sondern zuvorderst um jede Schülerin und jeden Schüler. Wer erfolgreich ausgebildet wird, ist später seltener arbeitslos, krank oder kriminell, Folgekosten erübrigen sich. Ganz zu schweigen von dem ganz persönlichen Zugewinn an Wohlstand und Zufriedenheit.[6]

Massive Investitionen in Reformen gefordert

Ganz klar, ohne massive Investitionen wird es keine Veränderung geben. Denn eine tiefgreifende Reform des Schulsystems kostet viel Geld. Die Probleme sind, verschärft durch die Coronakrise, seit langem bekannt.

[3] Vgl. Stand 2016; Statistisches Bundesamt – Bildungsfinanzbericht 2019; Abb. 4.2.4 – 3

[4] Vgl. https://www.it.nrw/zahl-der-schueler-privaten-ersatzschulen-nrw-auf-163-100-gestiegen-94897 [Aufruf 20.1.2021]

[5] Vgl. Franziska Kugler/Ludger Wößmann (2019). Bildungserträge.
In: Olaf Köller et al., Das Bildungswesen in Deutschland. Bestand und Potential, S. 242/243

[6] Den gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsgewinn hat der Bildungsökonom Ernst Fehr beispielhaft für die Schweiz durchgerechnet. https://fehradvice.com/blog/2013/08/28/die-soziale-und-wirtschaftliche-bedeutung-fruehkindlicher-bildung/ [Aufruf 20.10.2019].

Investitionsstau, Lehrermangel und Unterrichtsausfall,[7] vielerorts das Fehlen von qualifizierten multiprofessionellen Teams, überholte Verwaltungs- und Schulstrukturen, fehlende Unterstützung für Lehrkräfte. Die To-do-Liste ist also lang: Konzentration auf die Kernthemen Qualität von Unterricht und Erziehung, Reduzierung des Lehrermangels und Vermeidung von Unterrichtsausfall. Die Folgen sind dramatisch: Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss steigt stetig, 11.400 junge Menschen verließen im Jahre 2019 die Schulen in NRW ohne einen Hauptschulabschluss.[8] Vor allem sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler benötigen mehr Unterstützung. Die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist daher eine sinnvolle Maßnahme.

Insbesondere sogenannte Brennpunktschulen benötigen sofort mehr Investitionen. In einer Region mit einer der höchsten Hochschuldichte Europas, dem Ruhrgebiet, liegt zugleich die Mehrzahl der Brennpunktschulen. Ein Drittel der Schulen dort gehört zum Standorttyp 5 und liegt somit in einer besonders benachteiligten Gegend: Die Schülerinnen und Schüler werden mit zahlreichen Herausforderungen wie Armut und sozialer Benachteiligung konfrontiert.[9] Mehr als jedes fünfte Kind bzw. jeder fünfte Jugendliche unter 18 Jahren in NRW lebt in einer Familie mit Armutsrisiko.[10]

11.400
junge Menschen

verließen 2019 die Schulen in NRW ohne Hauptschulabschluss

Gerade für sie ist die Schule ein besonders wichtiger Ort. Diese Schulen befinden sich oft in Kommunen mit hoher Pro-Kopf-Verschuldung und entsprechend geringem finanziellem Handlungsspielraum. Problemregion Nr.1 in Deutschland ist das Ruhrgebiet.[11] Hier hat die Anzahl von Kindern in Armut in den letzten Jahren sogar noch weiter zugenommen. Sich mit diesem Ungleichgewicht abzufinden, wäre fatal und schadet letztlich der gesamten Gesellschaft.

Ohnehin schon hängen Bildungschancen direkt von den Möglichkeiten des Elternhauses und zudem unmittelbar von der Leistungsfähigkeit der Schulträger ab. Das steht in krassem Widerspruch zu der von Bund und Ländern 2019 ins Leben gerufenen Initiative „Schule macht stark“ und passt erst recht nicht zum Anspruch der Landesregierung auf „Weltbeste Bildung“ in NRW.[12] Deren zusätzliche Unterstützung für nur 60 von insgesamt 1.800 Brennpunktschulen in NRW ist ein Armutszeugnis für das dahinter

[7] Vgl.: Einer repräsentativen Studie zufolge, durchgeführt von der Wochenzeitung Die Zeit/Zeit Online 2017, werden 10% aller Unterrichtsstunden an deutschen Schulen irregulär oder gar nicht erteilt (DIE ZEIT Nr. 41/2017).

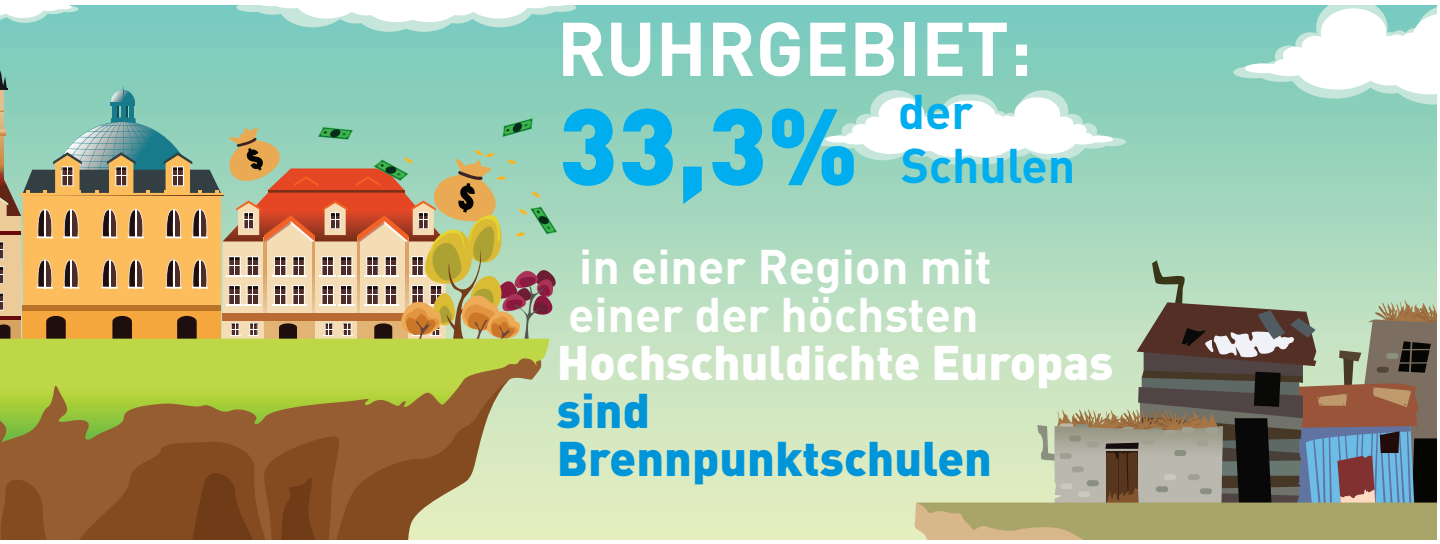
[8] Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen: https://www.it.nrw/nrw-11-400-schueler-gingen-2019-ohne-hauptschulabschluss-ab-99284 [Aufruf 29.1.2021]

[9] Vgl. RuhrFutur gGmbH, Regionalverband Ruhr (Hrsg.). Bildungsbericht Ruhr 2020, S. 91

[10] Vgl. Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW. Sozialbericht. Indikator 7.3 Armutsrisikoquote, letzte ausgewiesene Angabe für 2018; http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/7_einkommensarmut/indikator7_3/neues_Verfahren/index.php [Aufruf 29.1.2021]

[11] Vgl. dazu auch den Armutsbericht 2020 des Paritätischen Wohlfahrtsverband, S. 4-10

[12] Vgl. https://www.bmbf.de/de/schule-macht-stark-9954.html



stehende bildungspolitische Denken. Gerade an solchen Standorten brauchen Schülerinnen und Schüler die besten Schulen und Lehrkräfte, die bestmögliche Betreuung und Begleitung, Eltern weitreichende Unterstützung. Dazu gehört zudem die deutliche Verkleinerung der Klassen durch kurzfristige Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte, die dann auch tatsächlich eingehalten werden müssen.

Das bedeutet: Bildung und soziale Benachteiligung müssen im Zusammenhang gesehen werden.[13] Der Blick auf die von der Coronapandemie besonders betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern macht dies noch einmal überdeutlich.

Eltern stärken und zu Bildungsbegleitern ihrer Kinder machen

Schulschließungen während der Coronapandemie waren und sind eine große Herausforderung für Kinder und Eltern, besonders für sozial benachteiligte Familien. Es fehlt vielerorts nicht nur an der digitalen Infrastruktur, an einem ruhigen Ort zum Lernen und an Zeit der berufstätigen Eltern, sondern auch an Know-how und Kompetenzen, die Kinder bei der Bildung adäquat zu unterstützen. Doch auch jenseits von Corona belegen Programme, wie wichtig es ist, Eltern zu Bildungsbegleiterinnen und Bildungsbegleitern ihrer Kinder zu machen – gerade Eltern aus sozial benachteiligten

[13] Vgl. dazu auch den Bericht von Gerd Möller/Gabriele Bellenberg (2017), hrsg. von der GEW: Ungleiches ungleich behandeln. Standortfaktoren berücksichtigen – Bildungsgerechtigkeit erhöhen – Bildungsarmut bekämpfen. https://www.gew-nrw.de/fileadmin/user_upload/Kampagne_Bildung-weiter-denken/GEW-NRW-Moeller-Bellenberg-Studie-Sozialindex-gesamt-Ungleiches-ungleich-behandeln.pdf

Milieus profitieren hier von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern. Was schon vielfach erfolgreich in der frühkindlichen Bildung umgesetzt wird,[14] muss auf den schulischen Bereich ausgeweitet werden. Es gilt, die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern zu stärken.[15]

Eigeninitiative stärken: Mehr Autonomie für Schulen

Ein großer Fortschritt wäre auch, den Entscheidungsspielraum von Schulen zu erweitern sowie Ideen und Initiativen vor Ort zu fördern statt auszubremsen, wie die Coronapandemie verdeutlicht hat. Entscheidungen in und über Schule passieren zu häufig von oben nach unten, folgen eher dem Prinzip, Vorgaben korrekt umzusetzen als die Eigeninitiative zu stärken. In den Niederlanden etwa werden 89% der Entscheidungen in den Schulen vor Ort getroffen, in Deutschland lediglich 13%.[16] Darüber hinaus gilt es, gute Ansätze zu entwickeln, diese zwischen den Schulen auszutauschen und frei zugänglich zu machen.[17] Es braucht ein Umdenken: Die Schulaufsicht muss wohlwollend begleiten anstatt zu dirigieren.

Lehrermangel bekämpfen, Attraktivität des Lehrberufes erhöhen, Konzentration auf Bildung und Erziehung ermöglichen, Arbeitsbedingungen verbessern.

Lehrermangel, häufige Lehrerwechsel, Unterrichtsausfall, nicht ausreichend qualifizierter Unterricht: dies alles wird dem Bildungsanspruch von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie den Lehrkräften nicht gerecht. Laut Landesregierung müssen in den nächsten 10 Jahren 78.000, in den nächsten 20 Jahren 140.000 Lehrerstellen neu besetzt werden, dies sind 85% der derzeit für den Schulbereich vorgesehen Stellen.[18]

[14] Vgl. u.a. im Bundesprogramm des BMFSFJ „Elternchance ist Kinderchance" bzw. nun „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen".

[15] Vgl. Sabine Walper/Mariana Grgic (2019). Bildungsort Familie. In: Köller et al. (Hrsg): Das Bildungswesen in Deutschland. Bestand und Potentiale. UTB, S. 188.

[16] Vgl. OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 17.1.2021.

[17] Vgl. Andreas Schleicher (2019). Weltklasse. Schule für das 21. Jahrhundert gestalten. OECD.

[18] Vgl. https://www.schulministerium.nrw.de/sites/

Doch bereits jetzt bleiben Tausende von Stellen vakant, zum Schuljahresbeginn 2019/20 konnten 42% der offenen Stellen nicht besetzt werden, Tendenz steigend. Der Lehrermangel ist schon jetzt dramatisch und wird sich der Prognose nach weiter verschärfen. Zum Beispiel in den MINT-Fächern ist in Zukunft der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern in NRW nur zu einem Drittel gedeckt. In einigen Fächern wie Informatik und Technik werden über 90% der Lehrkräfte, so eine aktuelle Prognose für die kommenden zehn Jahre, fehlen.[19]

Erschwerend kommt hinzu, dass kaum ein akademischer Beruf unattraktiver ist als das Lehramt. Das fängt an bei der unzureichenden Lehrerausbildung, geht über die hohe, auch psychische Arbeitsbelastung und endet damit, dass viele Lehrkräfte vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden.[20] Die ständig gewachsenen Anforderungen führen Lehrkräfte vielfach an ihre Belastungsgrenze, viele fallen wegen Burn-out längerfristig aus,[21] nur noch jeder vierte erreicht die Regelaltersgrenze.[22]

Reduzierung unterrichtsferner Tätigkeiten

Herausforderungen wie Ganztagsunterricht, Ausbau der individuellen Förderung, Inklusion und Sprachförderung sowie die zum Teil unsinnige Ausweitung der Verwaltungsaufgaben kosten Lehrkräften viel zusätzliche Zeit. Tatsächlich verwendet eine Lehrkraft im Schnitt 4,5 Stunden pro Woche für unterrichtsferne Nebentätigkeiten auf, wie eine Analyse des Stifterverbands Bildung, Wissenschaft, Innovation in Kooperation mit McKinsey&Company ergab. Empfohlen wird deshalb, eine neue Stellenkategorie zur Assistenz der Lehrkräfte einzurichten.[23] Worin sich die Bundesländer allerdings kaum unterscheiden, sind die steigenden Arbeitszeiten.

default/files/documents/Prognosen.pdf [Aufruf 28.1.2021]

[19] Vgl. Klaus Klemm (2021). Lehrkräftemangel in den MINT-Fächern: Kein Ende in Sicht. Zur Bedarfs- und Angebotsentwicklung in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II am Beispiel Nordrhein-Westfalens Essen - Dezember 2020 Deutsche Telekom Stiftung.

[20] Vgl.: Vier von fünf Lehrkräften in NRW scheiden vor dem Erreichen der regulären Altersgrenze aus dem Beruf aus (Stand 2017). https://www.news4teachers.de/2019/05/ein-alarmsignal-immer-mehr-lehrer-scheiden-vor-dem-erreichen-der-gesetzlichen-altersgrenze-aus-dem-dienst/ [Aufruf 30.1.2021]

[21] Vgl. Dorothee Hansen/Uta Klusmann/Reiner Hanewinkel (2020). Stimmungsbild: Lehrergesundheit in der Corona-Pandemie. IDT Nord – Institut für Therapie und Gesundheitsforschung. Gefördert durch die DAK Gesundheit.

[22] Vgl. https://www.news4teachers.de/2019/05/ein-alarmsignal-immer-mehr-lehrer-scheiden-vor-dem-erreichen-der-gesetzlichen-altersgrenze-aus-dem-dienst/ [Aufruf 30.1.2021]

[23] Vgl. Hochschul-Bildungs-Report 2020. Höhere Chancen durch höhere Bildung? S. 82.

Wenig Lehramtsabsolventinnen und -absolventenen sowie geringer Anreiz für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger

Erschwerend kommt hinzu, dass der Nachwuchs fehlt. Studierende und Lehramtabsolventinnen und -absolventen entscheiden sich früh für andere Wege oder sie werden vorher von anderen Bundesländern abgeworben. Obwohl die Kapazität für die Lehramtsausbildung in den letzten Jahren erhöht wurde, verlässt heute ein Drittel weniger Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter die Hochschulen als noch in 2010.[24] Die alternative Möglichkeit, den Lehrermangel mit Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Lebens- und Berufserfahrung zu schließen, scheitert nicht zuletzt an der vergleichsweise niedrigen Bezahlung von angestellten Lehrkräften.[25] Dies macht den Lehrerberuf u.a. für qualifizierte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger mit Berufs- und Lebenserfahrung aus dem MINT-Bereich uninteressant.[26]

Hohe Arbeitszeit durch zusätzliche Aufgaben

Durchschnittlich sind Lehrkräfte jede Woche eine Stunde und 40 Minuten länger im Einsatz als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst. In keinem anderen europäischen Land ist die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden so hoch wie in Deutschland,[27] in NRW aktuell 25,5-28 Stunden bei einer Vollzeitstelle.

Unterricht und Erziehung müssen Kerngeschäft des Lehrerberufes sein. Lehrkräfte müssen von Verwaltungsaufgaben entlastet und die Attraktivität des Lehrberufes muss erhöht werden: Reduktion der Klassengröße insbesondere im Bereich der Sekundarstufe I, Verringerung des Unterrichtsdeputates, Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams, flächendeckende Unterstützungssysteme, Reform des Fortbildungssystems[28] und Anreize zum Wechseln aus der Teil- in die Vollzeit.

Einkommensgleichstellung aller Lehrkräfte

Geboten ist auch, endlich die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ernst zu nehmen und zu realisieren – für die verschiedenen Schulformen, Schulstufen und Statusgruppen (angestellte und verbeamtete Lehrkräfte).[29] Dies erhöht die Attraktivität des Lehrerberufs allgemein und im Besonderen für das Unterrichten in der Primarstufe (also an Grundschulen) und in der Sekundarstufe I – hier vor allem auch für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.

---

[24] Vgl. Mark Rackles (2020). Lehrkräftebildung 2021. Wege aus der förderalen Sackgasse. Policy Paper 9/2020.

[25] Vgl. Michael Popp (2017). https://www.schall-nrw.de/fileadmin/dokumente/Dokumente/SchaLL_NRW_Tarifgutachten_2018.pdf

[26] Vgl. https://www.faz.net/aktuell/politik/kommentar-zur-bildungsmisere-totgeschwiegener-lehrermangel-15700896.html (vom 20.7.2018)

[27] Vgl. Eurydice Bericht der Europäischen Kommission (2015) und https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/studie-zur-arbeitszeit-lehrkraefte-sind-hochmotiviert-aber-hochbelastet/

[28] Vgl.: Eine vom Schulministerium NRW beauftragte Evaluation der Lehrerfortbildung kommt hier zu einer vernichtenden Gesamteinschätzung und mahnt grundlegende Reformen an. Siehe dazu die „Evaluation der Lehrerfortbildung in NRW - Stellungnahme der Expertengruppe" (2019). https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2019_17_LegPer/PM20191028_Evaluation-Lehrerfortbildung/Expertenbericht_Lehrerfortbildung.pdf

[29] Vgl. dazu die Rechtsgutachten in Bezug auf die Besoldung verbeamteter Lehrkräfte an verschiedenen Schulformen bzw. Schulstufen: Christoph Gusy (2011). Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag. Für den Verband Bildung und Erziehung VBE NRW e.V.; Ralf Brinktrine (2016). Verfassungsrecht, Lehrerausbildungsgesetz, Eingruppierung. Rechtsgutachten im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen; in Bezug auf die Statusgruppen: Michael Popp (2018). Einkommensunterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen, Gutachten im Auftrag der SchaLL.NRW.

DIE FAKTEN:

↑ SCHÜLERZAHLEN

LEHRAMT ABSOLVENTEN ↓

↑ PENSIONÄRE RENTNER ↑

UNTERRICHTS AUSFALL ↑

↑ LEHRERMANGEL

= BILDUNGSKATASTROPHE

→ Die Forderungen im Detail

1. Schulische Strukturen reformieren

Schulen brauchen eine bessere Struktur, Organisation und Verteilung von Ressourcen und Aufgaben:

- Eine bedarfsgerechte Finanzausstattung unabhängig von der Finanzkraft des Schulträgers, die in besonderem Maße am Standorttyp der Schule ausgerichtet ist
- Neubau, Ausbau, Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude, ebenfalls unabhängig von der Finanzkraft des Schulträgers
- Definition und Einrichtung von qualifizierten multiprofessionellen Teams an jeder Schule, deren Zusammensetzung sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schule ausrichtet (die Professionen arbeiten mit rechtssicheren Rahmenkonzepten, klarer Aufgabenverteilung und in angemessenen bezahlten Arbeitsverhältnissen)
- Ausbau einer langfristig tragfähigen digitalen Infrastruktur einschließlich der Einrichtung zentraler Lernplattformen und Ausarbeitung umsetzbarer Konzepte für zukunftsorientierten Unterricht sowie Einstellung von IT-Administratoren für jede Schule in NRW
- Eine deutliche, sukzessive Reduzierung der Klassengrößen ausgerichtet an den Bedürfnissen der Schulform und Schulstufe (insbesondere der Bereich der Sekundarstufe I braucht kleinere Klassen!) und den besonderen lokalen Anforderungen. Vordringlich muss dies in Brennpunktschulen (Standorttyp der Stufe 5) umgesetzt werden

2. Profession neu denken, Professionalität neu leben

Das Berufsbild der Lehrerinnen und Lehrer muss aktualisiert, die Lehrkräfte müssen in ihrer Berufsrolle gestärkt werden. Die Lehrkräfte müssen von organisatorischen Aufgaben entlastet werden, damit die Konzentration auf guten Unterricht und Erziehung möglich wird und Unterrichtsausfall abgebaut wird.

- Überprüfung der 1. und 2. Phase der Lehramtsausbildung, Anpassung an die veränderten schulischen Anforderungen vor Ort, u.a. die Praxisinhalte auf die konkreten schulischen Anforderungen ausrichten
- Neugestaltung des Fortbildungsangebotes des Landes NRW hinsichtlich Organisation und inhaltlicher Anforderungen auf der Basis der wissenschaftlichen Evaluation aus dem Jahre 2019
- Neueinstellung von Lehrkräften: Eine Personaldecke an Lehrkräften von 115% an jeder Schule, um im Alltag auftretende Ausfälle, z. B. durch Fortbildungen und Erkrankungen, aufzufangen und die Unterrichtsversorgung der Schülerinnen und Schüler zu garantieren
- Ausrichtung der personellen Ausstattung an die örtlichen Erfordernisse: Verdoppelung des pädagogischen Personals an Brennpunktschulen in den nächsten 5 Jahren
- Überprüfung der Unterrichtsdeputate insbesondere in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I, Neuausrichtung

unter Einbeziehung der faktischen Belastung.

- Einrichtung von Backoffices mit ausreichend Bürofachkräften zur Unterstützung aller Lehrkräfte bei Verwaltungsaufgaben, die nicht direkt mit dem pädagogischen Auftrag zu tun haben.[30] Dies schafft u.a. Freiraum für die Unterrichtsvorbereitung, die individuelle Beratung und Förderung der Schülerinnen und Schüler und Zeit für die Teilnahme an professionalisierender Fortbildung.
- Keine Vergabe von Beförderungsstellen für Verwaltungsarbeit, sondern für fachliche und pädagogische Aufgaben; Zeitliche Befristung von Zusatzaufgaben und entsprechend höherer Bezahlung (wie an Hochschulen üblich)
- Einstellung von mehr technischem Personal, und zwar als Landesangestellte (nicht wie derzeit über die Kommune), um Reibungsverluste in der Schulorganisation zu vermeiden
- Umsetzung der Inklusion erst, wenn die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen erfüllt sind

3. Mehr Autonomie für Schulen und Schulleitungen

Die Schulen brauchen mehr Entscheidungsspielraum. Die Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen müssen gefördert, Widersprüche innerhalb der vorhandenen Behörden- und Aufsichtsstruktur identifiziert und abgestellt werden.

- Weitreichende Budgetfreiheit für einen zielgerichteten und bedarfsorientierten Einsatz materieller Mittel und personeller Ressourcen
- Einrichtung einer externen Qualitätskontrolle der Leitungsstruktur, um Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten abzuleiten
- Qualitative Erweiterung der Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Schulleitungsmitglieder (und Bewerberinnen und Bewerber)
- Jährliche Evaluation durch abgehende Schülerinnen und Schüler als hilfreiches Feedback zur Weiterentwicklung der Schulen (wie es in Kanada praktiziert wird)

[30] Hintergrund: Wenn 20.000 Bürofachkräfte 200.000 Lehrkräfte bei administrativen Aufgaben entlasten würden, hätte jede Lehrkraft für Verwaltungsaufgaben pro Tag umgerechnet 48 Minuten Unterstützung (Verwaltung von Schülerakten und Klassen- und Organisationslisten, Ausgabe diverser Materialien/ Schülerausweise, Vorbereitung der Technik in Klassenräumen, Vorbereitung und Koordination der Gespräche und des Schriftverkehrs mit Eltern/mit Schülerinnen und Schülern/mit multiprofessionellen Teams an der Schule/mit Praxisstellen, Betrieben sowie Schulämtern und Behörden, Kopierarbeiten ...).

4. Eltern zu Bildungsbegleitern ihrer Kinder machen

Nicht erst seit Homeschooling ein Problem: Eltern und Erziehungsberechtigte finden sich nicht selten in der Rolle der Co-Lehrkräfte, betreuen Hausaufgaben, geben Nachhilfe, sprechen mit Lehrerinnen und Lehrern. Nicht alle Eltern können das leisten. Dennoch sind sie wichtige Partner. Ziel ist es, Eltern zu Bildungsbegleitern fortzubilden, die Orientierung und Entlastung ermöglichen.

- Unterstützung und Förderung von Eltern bei der Begleitung ihrer Kinder in der Bildung u.a. durch Beratungsangebote und die Installierung von Elternbegleiterinnen und -begleitern
- Direkte Einbindung in schulische Strukturen
- Weitergabe von Wissen zu Mitwirkungsmöglichkeiten zur Verbesserung des Schulangebotes
- Ausbau von Schulen zu Familienzentren für Kinder und Eltern, die Unterstützungen und Hilfen vor Ort bündeln

5. Politik und Verwaltung sind in der Pflicht - was es jetzt braucht, ist eine Bildungsrevolution

Bildungsprogramme müssen gemeinsam von Bildungsforschung, Schulpraxis und Wissenschaft parteiübergreifend entwickelt werden. Die Wertschätzung der Berufe im Bildungswesen, einschließlich ihrer fairen Bezahlung, muss gewährleistet sein.

Dies bedeutet:

- Verdoppelung der Bildungsausgaben
- Schulfinanzierung unabhängig machen von der Finanzkraft der Schulträger
- Kontinuität in der Bildungsentwicklung mit längerfristiger Planung durch einen unabhängigen Landesbildungsrat, parteiübergreifend und entkoppelt von Legislaturperioden der jeweiligen Landesregierungen
- Änderung der Grundhaltung des Ministeriums für Schule und Bildung sowie der Bezirksregierungen – weg von Bevormundung, Delegieren und Regulieren hin zu einem Selbstverständnis als kooperative Unterstützer und Begleiter von eigenverantwortlichen Schulen sowie selbstständigen Schülerinnen und Schülern.
- Effizientere Gestaltung der Schulverwaltung auf jeder Ebene und deren Entbürokratisierung (Verwaltungsreform)
- Optimierung der Organisationsstrukturen von Landesbehörden und Schulträgern
- Schaffung von Leistungsanreizen für die Arbeit in Brennpunktschulen
- Einkommensgleichstellung zwischen den Statusgruppen (verbeamtete und angestellte Lehrkräfte) und den Schulformen (von Grundschule bis Gymnasien) per Gesetz herstellen

Nordrhein-Westfalen, im Sommer 2021
SchaLL Lehrerverband
Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL.NRW)

BEDARFS-GERECHTE FINANZ-AUSSTATTUNG
NEUEINSTELLUNG LEHR-KRÄFTE
ATTRAKTIVE ARBEITS-PLÄTZE
TRAGFÄHIGE DIGITALE INFRASTRUKTUR
REDUZIERUNG DER GRÖSSE DER KLASSEN
BÜROKRATIE NEU DENKEN
ELTERN IN DER SCHULE ALS BILDUNGS-BEGLEITER
EXTERNE QUALITÄTS-KONTROLLE
MULTI-PROFESSIONELLE TEAMS
VERDOPPELUNG BILDUNGS-AUSGABEN
BUDGET-FREIHEIT
EFFIZIENTE SCHUL-VERWALTUNG
LEITUNGS-STRUKTUR

MODERNE SCHUL-GEBÄUDE
EINKOMMENS-GLEICHSTELLUNG ALLER LEHRKRÄFTE PER GESETZ A13←→EG15
ANPASSUNG LEHRAMTS-AUSBILDUNG
ANPASSUNG PERSONELLE AUSSTATTUNG
EINRICHTUNG BACK OFFICE
PROFESSIONELLE FORTBILDUNG
EVALUATION UND FEEDBACK DURCH SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER
REDUZIERUNG UNTERRICHTS-DEPUTATE

ZENTRALE FORDERUNGEN

- **VERDOPPELUNG DER BILDUNGSAUSGABEN** IN NRW DURCH BUND UND LAND
- **ENTKOPPLUNG DER SCHULPOLITIK** VON LEGISLATURPERIODEN
- **FINANZIERUNG DER SCHULEN** UNABHÄNGIG VON FINANZKRAFT DER SCHULTRÄGER
- **EINRICHTUNG EINES UNABHÄNGIGEN LANDESBILDUNGSRATES** UNTER EINBEZIEHUNG VON WISSENSCHAFTLERN, LEHRERSCHAFT, ELTERNSCHAFT, SCHÜLERSCHAFT
- **JAHRHUNDERTREFORM** DER BILDUNGSBÜROKRATIE
- **EINKOMMENSGLEICHSTELLUNG** ALLER LEHRKRÄFTE
- **SELBSTSTÄNDIGE SCHULEN** AUSBAUEN
- **SOFORTHILFEN** FÜR DIE 1.800 BRENNPUNKTSCHULEN IN NRW
- **AUSBILDUNGSPLATZGARANTIE** FÜR SCHULABGÄNGERINNEN/SCHULABGÄNGER